

# Schwäbische Zeitung



FOTO: LENA MUSSIGMANN

**Zufahrt zum Krankenhaus oft versperrt**  
Wenn die Schranke zu ist, haben gehbehinderte Patienten ein Problem. *Seite 17*

**Von Weingarten ins Weltall**  
Realschüler und Gymnasiasten funken mit Alexander Gerst auf der ISS. *Seite 21*



FOTO: REINHARD JAKUBEK

Mo.-Fr. € 1,90 | Sa. € 2,10

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Donnerstag, 11. Oktober 2018

**SPORT REISCHMANN**  
SERVICE-CENTER RAVENSBURG  
AB 15.10.2018 IM  
GEWERBEGBIET ERLÉN

**WIR SIND UMGEZOGEN**

**SPORT REISCHMANN**

## CDU-Politiker will Rundfunkbeiträge anders aufteilen

STUTTGART (kab) - Eine bessere finanzielle Ausstattung für die Landesanstalt für Kommunikation (LFK) fordert der Wangener Landtagsabgeordnete Raimund Haser. Der CDU-Politiker ist überzeugt, dass die LFK, die unter anderem für die Kontrolle von Videos auf Onlineplattformen wie Youtube zuständig ist, unterbesetzt ist. Mit nur 25 Mitarbeitern könne sie der Aufgabe nicht nachkommen. Medienexperte Haser fordert in einem Papier, das der „Schwäbischen Zeitung“ vorliegt, der LFK deutlich mehr Geld für die Medien-Kontrolle zu geben. Nach Hasers Willen soll die LFK zusätzliche Millionen aus den Rundfunkbeiträgen bekommen. **SEITE 2**

## Geteiltes Echo auf CO<sub>2</sub>-Kompromiss

LUXEMBURG (AFP) - Der Kompromiss der EU-Umweltminister zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes hat in Deutschland ein geteiltes Echo ausgelöst. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) die Einigung begrüßten, warfen Umweltverbände der Bundesregierung vor, beim Klimaschutz auf die Bremse zu treten. Der Automobilindustrie geht der nach zähem Ringen gefundene Kompromiss zu weit. Sie warnt vor Arbeitsplatzverlusten. **SEITE 8**

## Gewinnzahlen

Lottozahlen	1, 14, 18, 32, 37, 45
Superzahl	0
Spiel 77	6 2 0 0 2 3 0
Super 6	7 5 2 0 6 8

42. Ausspielung / Ohne Gewähr

## Heute lesen Sie

### Großer Optimismus

Wie Trainer Wein-



FOTO: DPA

zierl den VfB auf Kurs bringen will Sport

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0  
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444  
AboService 0751 / 29 555 555  
Ticket Service 0751 / 29 555 777

## Verheerendes Unwetter auf Mallorca



Fürchterliche Verwüstungen hat ein Unwetter angerichtet, wie hier im Dorf Sant Llorenç des Cardassar (Foto: imago). Die Zahl der Toten ist auf mindestens zehn gestiegen, unter den Opfern sind auch zwei britische Urlauber. **SEITE 9**

## Spahn verteidigt höheren Pflegebeitrag

Gesundheitsminister kontert Forderung der Sozialverbände nach mehr Steuermitteln

Von Andreas Herholz und epd

BERLIN - Vom kommenden Jahr an müssen die Bundesbürger mehr für ihre Pflegeversicherung bezahlen. Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch in Berlin eine Gesetzesvorlage von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU), wonach der Pflegebeitrag zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte von 2,55 auf 3,05 Prozent des Bruttoeinkommens angehoben werden soll. Kinderlose zahlen dann 3,3 Prozent.

Sozialverbände und Gewerkschaften übten Kritik und mahnten

ein Gesamt-Finanzierungskonzept für die Pflege an. Spahn verteidigte die Maßnahme. Die Beitragssatzerhöhung sei nötig, um das Defizit in der Pflegeversicherung, aber auch Verbesserungen in der Pflege zu finanzieren. Das Defizit betrage in diesem Jahr bereits drei Milliarden Euro. Die Ausgaben in der Pflege seien in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Die jetzt geplante Erhöhung des Beitragssatzes reiche mindestens bis 2022, sagte der Minister.

Forderungen von Verena Bentele, der Präsidentin des Sozialverbands VdK, konterte Spahn umgehend.

„Einfach jetzt nur reflexhaft zu sagen, da müssen Steuermittel rein, das ist mir zu kurz gesprungen“, sagte er. Die aus Tettmang stammende Bentele hatte zuvor verlangt, die Pflege müsse für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen bezahlbar bleiben. Verbesserungen dürften nicht zu deren Lasten gehen. Daher würden künftig auch Steuergelder gebraucht.

Hauptgrund für die steigenden Ausgaben der Pflegekassen sind Leistungsverbesserungen für Demenzerkrankte, die die vorige große Koalition beschlossen hatte. In dieser Legislaturperiode stehen Schritt-

te gegen die Unterbezahlung und Personalnot in der Pflege im Mittelpunkt, wofür die Pflegeversicherung vom kommenden Jahr an mehr Geld aufbringen muss. 13 000 zusätzliche Stellen in Altenheimen werden dagegen von den Krankenkassen refinanziert. „Das ist nur ein erster Schritt“, sagte Spahn der „Schwäbischen Zeitung“. Generell gehe es darum „den Pflegejob attraktiver“ zu machen: durch bessere Bezahlung und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. „Wir werden alle Register ziehen“, versprach der CDU-Politiker am Mittwoch. **SEITE 4**

## Papst prangert Abtreibungen an

ROM (AFP) - Papst Franziskus hat Abtreibung mit einem Auftragsmord verglichen. „Einen Menschen zu beseitigen ist wie die Inanspruchnahme eines Auftragsmörders, um ein Problem zu lösen“, sagte das Oberhaupt der katholischen Kirche am Mittwoch bei der Generalaudienz im Vatikan. Insbesondere prangerte der 81-Jährige die angeblichen Ratschläge von Ärzten zur Abtreibung behinderter Kinder an. Abtreibung ist in der katholischen Kirche tabu und eine gravierende Sünde. **SEITE 5**

## Lehrer contra AfD-Plattform

Verband kritisiert „Denunziantentum“ und erwägt Klage

STUTTGART/BERLIN (dpa/her) - Der Widerstand gegen die von der AfD geplanten digitalen Meldeplattformen gegen Lehrer wächst. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) erwägt, gerichtlich vorzugehen. Der VBE scheue sich nicht davor, notfalls auch rechtliche Mittel zu ergreifen, um Lehrer vor dem „geplanten Denunziantentum der AfD“ zu schützen, sagte VBE-Landeschef Gerhard Brand am Mittwoch in Stuttgart. Heinz-Peter Meidinger,

Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, sagte: „Die AfD will sich mit dieser Kampagne selbst als Opfer stilisieren. Das ist die übliche Strategie, die Märtyrer-Rolle einzunehmen.“

Die AfD hat in Hamburg und Bremen digitale Meldeplattformen gegen Lehrer eingerichtet, die gegen das Neutralitätsgebot verstoßen und sich etwa kritisch über die AfD äußern. Die Partei plant, dies auf weitere Bundesländer auszuweiten. **LEITARTIKEL, SEITE 4**

## Hungerhilfe-Chefin kritisiert Regierung

RAVENSBURG (dan) - Welthungerhilfe-Präsidentin Bärbel Dieckmann fordert von Deutschland mehr Anstrengungen im Kampf gegen den Klimawandel und damit gegen das Hungerproblem. „Die Politik muss den Klimawandel noch stärker in den Mittelpunkt stellen“, sagte Dieckmann der „Schwäbischen Zeitung“ vor der Präsentation des Welthunger-Indexes heute in Berlin. „Es ist inakzeptabel, dass Deutschland seine Klimaziele nicht erreicht hat“, erklärte die 69-Jährige. **SEITE 5**

## Unterm Strich

### Die Flucht aus dem Grazer Alcatraz

Mit dem Nachruhm ist es ja immer so eine Sache: Bei Grabreden wird gerne an Heldentaten erinnert, die in der Realität womöglich gar nicht so großartig waren, wie eine wohlgesonnene Trauergemeinde, die sich und die Angehörigen durch heilsame Worte trösten möchte, es gerne gehabt hätte. Verklärung lautet hier das Gebot der Stunde. Und so drückt die gelebte Menschlichkeit ein Auge zu, wenn der zu Betrauende gerade vor seinen höchsten Richter tritt.

Was die Nachwelt zur Tat eines Gefängnisstrahlings aus Graz sagen

wird, ist noch überhaupt nicht abzusehen. Vor allem deshalb, weil selbiger lebt und sich sogar bester Gesundheit erfreut, nachdem er aus einer steirischen Justizvollzugsanstalt geflohen ist. Ausbrecher genießen nicht selten einen Sonderstatus in der Bevölkerung. Denn auch wenn es böse Buben sind, erfreuen sie sich doch des Respekts durch bisweilen kaum zu leugnende Tollkühnheit. Man erinnere sich nur an Frank Morris, der sich mittels eines Teelöffels den Weg durch die Kanalisation von Alcatraz ins Freie gekratzt hat. Oder an Papillon, der auf einem Jutesack

voller Kokosnüsse von der Teufelsinsel vor Französisch-Guayana floh. Bei all den Übeltaten, die diese Leute begangen haben mögen – die Menschen im Kino haben glatt vergessen ihr Popcorn zu kauen vor lauter Bewunderung.

Aber zurück nach Graz, zum Ausbrecher der Stunde. Viel Spektakuläres wird der seinem Enkel über die Flucht nicht erzählen können, denn: Der Mann fand eine offene Tür im Knast vor, durch die er einfach hinaus spazierte. (nyf)

untermstrich@schwaebische.de



Tag der offenen Tür.

FOTO: DPA

## Leitartikel

Von Sebastian Heinrich



## AfD-Aktion ist scheinheilig

Die selbst ernannte Alternative für Deutschland spielt eine Rolle ganz besonders gerne – die des Opfers. Deswegen ist es wenig überraschend, dass die AfD sich auch als Opfer bestimmter Lehrer sieht. Deshalb hat die Partei in Hamburg schon vor Monaten dazu aufgerufen, Lehrer auf einer Internetplattform zu melden, die sich angeblich nicht „politisch neutral“ verhalten. Die Aktion soll auf andere Länder ausgeweitet werden. Diese AfD-Plattformen sind brandgefährlich – und sie zeugen von Scheinheiligkeit.

Brandgefährlich sind sie, weil sie Denunziantentum fördern. Schüler und Eltern werden dazu aufgerufen, Lehrer einer Partei zu melden – also einer Organisation, die nicht ansatzweise das Recht hat, mögliches Fehlverhalten einzelner Lehrer zu bestrafen. Wenn ein Schüler oder Eltern der Ansicht sind, ein Lehrer verhalte sich nicht korrekt, dann sollten sie zuallererst mit dem Lehrer selbst sprechen – und im Zweifelsfall mit der Schulleitung, dem Elternbeirat oder der zuständigen Kultusbehörde. Aber nicht mit einer Partei. Die Macht, über Lehrer zu richten, hatten Parteien in den vergangenen 100 Jahren in Deutschland zweimal: in der NS-Zeit und in der DDR.

Scheinheilig sind die Pläne der AfD, weil die Partei den wohl prominentesten Lehrer Deutschlands in ihren Reihen hat – und dieser Mann selbst unter Verdacht steht, gegen ein für Lehrer wichtiges Gebot verstoßen zu haben. Er heißt Björn Höcke, ist AfD-Fraktionschef in Thüringen und beurlaubter Geschichtslehrer in Hessen. Lehrer dürfen im Klassenzimmer nämlich sehr wohl ihre eigene Meinung äußern – sofern sie auch Argumente der Gegenseite darstellen und keine Werbung für eine bestimmte Partei machen. Sie sind aber laut Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes auch verpflichtet, sich „durch ihr gesamtes Verhalten zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zu bekennen“. Wer – wie Höcke – in einer mächtigen politischen Position den Holocaust relativiert und regelmäßig braunes Vokabular benutzt, der bekennet sich nicht zur liberalen Demokratie. Sondern gefährdet sie.

s.heinrich@schwaebische.de

## Wetter

20° bis 25°C

Ein weiterer Sommertag mitten im Oktober

## Börse

DAX: - 2,21%

Aktuell: 11 712,50 | Vortag: 11 977,22

Nr. 235 | B 6206



4 190620 601902 4 0041

